



Vorbereitende Stellungnahme zum geplanten Runden Tisch “Medien gegen Gewalt“

Der Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e.V. (BITKOM), der mehr als 1.300 Unternehmen, davon gut 700 als Direktmitglieder mit ca. 120 Mrd. Euro Umsatz und mehr als 700.000 Beschäftigten, vertritt, unterstützt das mit dem geplanten Runden Tisch verfolgte Ziel eines Dialogs aller maßgeblichen Kräfte über den Umgang mit Gewalt in den Medien. Die Beschäftigung mit der Wirkung von Medienkonsum und der Auseinandersetzung mit den Inhalten medialer Angebote ist eine wichtige gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Auch die Medien- und Internetwirtschaft erkennt ihre Verantwortung in diesem Zusammenhang an. BITKOM steht daher für eine Teilnahme an dem geplanten Runden Tisch als Vertreter der Informationswirtschaft, Telekommunikationsindustrie und neuen Medien bereit.

Die Beschäftigung mit dem Thema „Gewalt in den Medien“ bedarf aus Sicht des BITKOM einer genauen und differenzierenden Betrachtung. Der Verband ist dabei nicht der Ansicht, dass gerade in Deutschland Gewalt in den Medien in besonderem Maße präsent sei und deshalb akuter Handlungsbedarf bestünde. Vielmehr zeigt sich in den deutschen Medien auch im internationalen Vergleich ein weitestgehend sensibler Umgang mit Gewaltdarstellungen und ein hohes Verantwortungsgefühl seitens der Anbieter.

Eine maßgeblichen Beitrag zu einem verantwortungsvollen Umgang mit Gewalt in den Medien leisten insbesondere die bereits bestehenden Aktivitäten der anbietenden Wirtschaft. Im Bereich des privaten Fernsehens ist die Freiwillige Selbstkontrolle Fernsehen, FSF, eine eingeführte und anerkannte Größe, deren Arbeit ein zentraler Beitrag zum Kampf gegen problematische Fernsehhalte ist. Parallel hierzu ist für den Online-Bereich die Freiwillige Selbstkontrolle Multimedia-Dienstanbieter, FSM, aufgebaut worden, die mit vergleichbarem Erfolg gegen illegale und jugendgefährdende Inhalte im Internet vorgeht. Dabei nutzt sie angesichts der globalen Struktur des Internets auch internationale Kooperationen im Rahmen des Hotline-Verbands INHOPE.

Ebenfalls international angelegt ist die Initiative des Global Business Dialogue on e-Commerce (GBDe), einem Zusammenschluss der Vorstandsvorsitzenden der wichtigsten Internet-Unternehmen weltweit, die bereits auf ihrem Gipfeltreffen im Herbst 2001 in Tokio eine Prinzipienklärung zur Cyber-Ethik verabschiedet haben, in

**Bundesverband Informationswirtschaft,
Telekommunikation und neue Medien e.V.**
Postfach 640144, 10047 Berlin
Besucher: Albrechtstr. 10, 10117 Berlin
Telefon +49 / 30 / 27576-0, Fax -400
E-Mail bitkom@bitkom.org, Internet www.bitkom.org

Präsident:
Dr. Volker Jung
Geschäftsführung:
Dr. Bernhard Rohleder (Vors.)
Dr. Peter Broß

Ansprechpartner:
RA Wolf Osthaus
Referent Telekommunikations- u. Medienpolitik
Albrechtstr. 10a, 10117 Berlin
Telefon +49 / 30 / 27576-221, Fax -222
E-Mail: w.osthaus@bitkom.org

der unethische Internet-Inhalte geächtet werden. Zugleich legt die Internet-Industrie in dieser Prinzipienklärung ein Bekenntnis zu nutzerautonomen Filtersystemen ab, welche es Eltern ermöglichen, individuell ausgewählte Internet-Inhalte für ihre Kinder zu sperren.

Als besonders erfolgversprechendes, weil internationales Beispiel für ein solches Filtersystem ist das Produkt der International Content Rating Association, ICRA, hervorzuheben, hinter der die wichtigsten internationalen Internet-Anbieter stehen, darunter auch die großen in Deutschland tätigen Anbieter wie T-Online, AOL, Bertelsmann etc. ICRA stellt ein Filtersystem bereit, das im Zusammenspiel mit einem Selbstrating der Content-Anbieter sowie der Möglichkeit von ergänzenden Negativ- und Positivlisten einen deutlich höheren Effektivitätsgrad beim Jugendschutz gewährleisten kann, als dies staatliche Regulierung je vermöchte. Die Nutzung des Filtersystems ist dabei sowohl für den Endnutzer, also etwa die Eltern oder auch Schulen, die den Filter auf ihren Geräten installieren wollen, wie auch für die sich am Rating beteiligenden Content-Anbieter kostenfrei.

Neben diesen gemeinsamen Maßnahmen steht eine Vielzahl von Einzelaktionen von Unternehmen, die spezielle Kinderportale bzw. -bereiche im Internet anbieten, die Projekte zur Förderung der Medienkompetenz betreiben oder sich in anderer Form für einen verantwortungsvollen und bewussten Umgang mit Medienangeboten einsetzen.

Gerade der angesprochene Internet-Bereich zeigt dabei, dass Selbstregulierungsinitiativen der Wirtschaft, wie sie in vielfacher Form schon bestehen, wesentlich erfolgreicher gegen schädliche Inhalte vorgehen können als staatliche Stellen. Dies liegt vor allem in der internationalen Struktur des Internets begründet, die nicht mit der nationalstaatlich organisierten Regulierungsstruktur korrespondiert. Der weitaus größte Teil der problematischen Inhalte im Internet wird im Ausland bereitgestellt. Hieraus folgen erhebliche Durchsetzungsprobleme für die deutschen Rechtsvorgaben. Daneben ist zu beobachten, dass viele der aus deutscher Sicht illegalen Seiten – auch bei Gewaltdarstellungen – in anderen, durchaus zivilisierten Staaten als Formen zulässiger Meinungsäußerung angesehen werden. Die Globalität des Internets verlangt, sich diesem Aufeinandertreffen verschiedener kultureller Wertvorstellungen zu stellen, diese in gewissem Maße auch zu akzeptieren und mit daraus resultierenden Friktionen zu leben.

Wo immer aber ein Wertekonsens erreicht werden kann, sind die Staaten aufgerufen, die internationale Zusammenarbeit etwa der Strafverfolgungsbehörden durch völkerrechtliche Abkommen zu stärken und den Zugriff auf die eigentlichen Urheber illegaler Inhalte auch über nationale Grenzen hinweg zu ermöglichen. Als erfolgversprechender Ansatz ist insoweit die Cybercrime Convention des Europarates hervorzuheben.

In weiten Teilen können allerdings die internationalen Selbstregulierungsinitiativen der Wirtschaft erfolgreicher agieren. Im Unterschied zu der oft langwierigen und

mühsamen internationalen Koordination bei staatlichen Maßnahmen, sind Selbstkontrollinstanzen der Wirtschaft gerade auch in der internationalen Dimension deutlich effektiver, da sie flexibler und schneller reagieren können. Das Bekenntnis, diese Möglichkeiten auch einzusetzen, steht etwa hinter der Prinzipienerklärung des GBDe. Bestehende internationale Netzwerke von Selbstkontrollenrichtungen wie INHOPE gehen bereits mit beachtlichem Erfolg gegen illegale Inhalte im Internet vor. Daneben bieten nutzerautonome Filtersysteme, wie die der bereits vorgestellten ICRA-Initiative, die Möglichkeit, gerade die besonders schutzbedürftigen Kinder und Jugendliche vor dem Kontakt mit solchen Inhalten zu schützen.

Zusätzlich ist es erforderlich, durch Information das Verständnis in der Gesellschaft für die Notwendigkeit eines verständigen und verantwortungsbewussten Umgangs mit Medien, insbesondere mit bestimmten Inhalten, zu fördern. Neben dieser Form der Medienkompetenz, die insbesondere bei Kindern und Jugendlichen frühzeitig aufzubauen ist, muss gerade bei den neuen Medien auch die technische Kompetenz bei den letztlich verantwortlichen Eltern und Lehrern gestärkt werden, damit diese existente Schutzmechanismen auch wirksam einsetzen können. Hier kommt neben den bestehenden Informationsangeboten der Wirtschaft vor allem auch dem Staat eine wichtige Weiterbildungsaufgabe zu.

Letztlich ist eine offene, freie und von gelebter Toleranz geprägte Gesellschaft der beste Schutz gegen alle Gefährdungen, auch die durch Gewaltdarstellungen. Alle Kräfte in dieser Gesellschaft sollten dabei den bewussten und verantwortlichen Umgang mit Freiheit – gerade auch mit der Meinungsfreiheit in den Medien – fördern und fordern. Dabei gilt es jedoch immer zu bedenken, dass gerade die Medien als Foren für Information, Meinungsbildung und gesellschaftliche Beteiligung zentrale Elemente einer offenen und freien Gesellschaft sind. Daher ist es wichtig, dass jede staatliche Regulierung den Grundsatz freier und selbstverantwortlicher Medien wahrt. Dann können diese auch weiterhin ihren Beitrag zu einer demokratischen und verantwortungsbewussten Gesellschaft leisten, die Gewalt nicht als Mittel der Konfliktlösung akzeptiert. Die Medienwirtschaft anerkennt insoweit ihre Verantwortung und ist bereit, diese weiterhin in dem hier aufgezeigten Sinne wahrzunehmen.

Berlin, den 20. Januar 2002